

*Galandauer, Jan: František kníže Thun. Místodržící českého království [Franz Fürst Thun. Statthalter des böhmischen Königreichs].*

Paseka, Praha, Litomyšl 2007, 317 S., zahlr. Abb. (Historická pamět': Velká řada 15).

Jan Galandauer, ein ausgewiesener Kenner der böhmischen Geschichte in der ausgehenden Habsburgermonarchie, legt mit seinem Buch zu Franz Fürst Thun – nach Publikationen über Bohumír Šmeral, Franz Ferdinand d'Este und Karl I. – eine weitere wichtige biografische Studie vor. Sein Protagonist, Graf (seit 1911 Fürst) Franz Anton von Thun und Hohenstein (1847-1916), spielte als zweimaliger Statthalter von Böhmen (1889-1896, 1911-1915) und Ministerpräsident Cisleithaniens (1898-1899) zweifelsohne eine politisch einflussreiche Rolle. Galandauer kommt das Verdienst zu, diese in Tschechien weitgehend in Vergessenheit geratene Persönlichkeit wieder in das historische Bewusstsein zurückgeholt zu haben.

Das Buch ist in 21 Kapitel gegliedert und schildert Thuns Leben unter besonderer Berücksichtigung seiner politischen Karriere. Der chronologische Aufbau wird durch mehrere Themen ergänzt, die sich wie ein roter Faden durch die Darstellung ziehen. Diese sind: die deutsch-tschechischen Beziehungen, die Nationalitätenfrage, die Wahrnehmung und Reaktionen der deutschen und tschechischen Parteien und der Presse auf Thun sowie ihr gegenseitiges Verhältnis. Zudem erfährt der Leser viel über Thuns Verständnis von Politik, seine Wertvorstellungen und Mentalität.

Aus einer katholisch-konservativ und patriotischen österreichischen Diplomaten- und Großgrundbesitzerfamilie aus der Gegend um Tetschen (Děčín) stammend, studierte Thun in Wien Jura und wurde mit 32 Jahren 1879 als Vertreter der Vereinigung des konservativen Großgrundbesitzes in den Reichsrat gewählt. Seit 1881 gehörte er dem Herrenhaus an, in den Jahren 1883 bis 1889 und 1901 bis 1911 war er Mitglied des böhmischen Landtags. Thuns Ideenwelt war konservativ, katholisch und kaisertreu geprägt. Er gehörte dem so genannten böhmischen „historischen Adel“ an, der sich mit seiner Heimat identifizierte, sich für die Einheit des böhmischen Königreichs und die Krönung Franz Josephs I. zum böhmischen König einsetzte. Diese Aspekte bildeten die Grundlage für seine Zusammenarbeit mit den so genannten Altschechen. In der nationalen Frage plädierte Thun für Mäßigung und einen Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen. Wiederholt trat er für die von den Tschechen geforderte Gleichberechtigung beider Landessprachen in Böhmen ein. Seine national gemäßigte Position, der er sein Leben lang treu blieb, prädestinierte ihn zum Vermittler zwischen den beiden nationalen Gruppen. Thuns politische Gegner befanden sich zunächst im Lager des Liberalismus und dann vor allem beim tschechischen und deutschen radikalen Nationalismus.

Thuns politische Tätigkeit spielte sich vor dem Hintergrund der Nationalitätenkämpfe in der Habsburgermonarchie ab. In seine erste Amtszeit als Statthalter in Prag (1889-1896) fielen die gescheiterten deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen („Punktationen“) von 1890. Diese waren ohne Beteiligung der Tschechischen Freisinnigen Partei (Jungtschechen) zustande gekommen, worin der Hauptgrund für ihr Scheitern lag. Eine von den Jungtschechen aggressiv betriebene Oppositions- und Obstruktionspolitik im Parlament und in der Öffentlichkeit veranlasste Thun dazu, 1893 den Böhmisches Landtag aufzulösen und für zwei Jahre den Ausnahmezustand über Prag zu verhängen. Für diese Maßnahme wurde er von den Jungtschechen scharf angegriffen, ihr Verhältnis blieb dauerhaft gespannt. Ministerpräsident Badeni opferte Thun 1896 für das Bündnis mit den Jungtschechen, denen er mit der Einführung des Tschechischen neben dem Deutschen als innerer Amtssprache in Böhmen entgegenkam (Badenische Sprachenverordnungen). Die Demission Thuns, den sie spöttisch als „Ausnahme-Statthalter“ bezeichneten, fassten die Jungtschechen als ihren Erfolg auf. Im Folgenden änderte sich aber sowohl ihr Verhältnis zu Thun als auch ihre Politik, wie Galandauer überzeugend zeigt. Ein weiteres wichtiges Ereignis in Thuns erster Statthalterschaft war die Jubiläums-Landesausstellung, die 1891 in Prag stattfand. Thun ging es dabei um die Präsentation der wirtschaftlichen Erfolge beider Nationen des Landes. Nach dem Scheitern der Punktationen lehnten die deutschen Vertreter jedoch ihre Teilnahme ab, sodass die Ausstellung in Anwesenheit des Statthalters weitgehend zu einer tschechischen nationalen Manifestation wurde. Seine Präsenz wurde von der deutschnationalen Presse beanstandet.

Auch Thuns Amtszeit als Ministerpräsident der österreichischen Reichshälfte (1898/99) stand im Zeichen von Nationalitätenkämpfen: So bemühte er sich erfolglos, die Handlungsfähigkeit des durch Obstruktionspolitik erstarrten Reichsrats wiederherzustellen. Für weitere Unruhe sorgten die Ausschreitungen radikaler Deutschnationaler in Graz gegen ein dort stationiertes bosnisch-herzegowinisches Regiment. Soziale und antisemitische Übergriffe (letztere verurteilte er scharf) in Galizien veranlassten Thun dazu, den Ausnahmezustand zu verhängen. In beiden Fällen griff er hart gegen die Unruhestifter und extremistischen Elemente durch. Dieses Vorgehen und sein Festhalten an den Gauschschen Sprachenverordnungen (Tschechisch als innere Amtssprache in den überwiegend tschechisch besiedelten Gebieten) trugen ihm die Kritik der deutschnationalen Parteien und ihrer Presse ein. Auch das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches sah in Thun, den es für seine angeblich proslawische Politik kritisierte, eine Gefahr für das deutsch-österreichische Bündnis. Während Thun 1896 den Forderungen der Jungtschechen geopfert worden war, musste er nun Zugeständnisse an die deutschnationalen Forderungen machen; die Gauschschen wurden ebenso wie bereits zuvor die Badenischen Sprachenverordnungen aufgehoben.

Das Hauptziel seiner zweiten Amtszeit (1911-1915) als Statthalter war es, einen Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen herbeizuführen („Ausgleichsstatthalter“). Damit sollte die Funktionsfähigkeit des Böhmisches Landtags, der von den deutschnationalen Parteien boykottiert wurde, und des Reichsrats, den die tschechischen Abgeordneten im Gegenzug blockierten, wiederhergestellt wer-

den, um unter anderem den Haushalt für Böhmen verabschieden zu können. Dies war aufgrund der Blockadepolitik der deutschnationalen Parteien seit 1907 nicht mehr möglich gewesen. Thuns Bemühungen um einen Ausgleich scheiterten kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs am Widerstand der deutschnationalen Kreise. Um den Haushalt trotzdem zu retten, ließ Thun vom Kaiser eine Verwaltungskommission einsetzen (so genannte St. Annenpatente vom 26. Juli 1913).

Nach Ausbruch des Krieges forderte die österreichische Heeresführung Thuns Absetzung und griff ihn mit dem Vorwurf wiederholt scharf an, gegen die angeblich antiösterreichische Einstellung der Tschechen nicht radikal genug vorgegangen zu sein. Auch die reichsdeutsche Diplomatie und die deutschnationale Presse agitierten aus denselben Gründen erneut gegen ihn. Anlass für seinen Rücktritt waren jedoch gesundheitliche Probleme.

Wenige Monate vor seinem Tod sagte Thun 1916 in einem politischen Prozess gegen den jungtschechischen Politiker Karel Kramář zu dessen Gunsten aus. Zuvor schon hatte er als Ministerpräsident mit dem Jungtschechen Josef Kaizl, Finanzminister in seinem Kabinett, eng zusammengearbeitet. Thun erscheint somit als ein politischer Akteur, der sich unermüdlich für Kooperation über die nationale Grenze hinweg und für einen Kompromiss zum gemeinsamen Wohl von Deutschen und Tschechen einsetzte. Sehr deutlich tritt in Galandauers Buch der negative Einfluss der Deutschnationalen hervor, die wiederholt Schuld am Scheitern der Ausgleichsverhandlungen trugen. Galandauers Blick auf seinen Protagonisten ist durch Empathie gekennzeichnet, wodurch es seiner Studie gelingt, das schlechte Image, das der böhmische Adel im tschechischen Nationaldiskurs hat, zu korrigieren. Deutlich wird nämlich, dass Thun ein verantwortungsbewusster, aufrichtiger und um die Verbesserung des allgemeinen Wohles bemühter Politiker war.

Wo liegen die Schwächen des Buches? Gelegentlich entsteht der Eindruck, dass Galandauer Thun für seine außerparlamentarischen Maßnahmen (dieser bediente sich wiederholt des Paragraphen 14 der Dezemberverfassung, um Gesetze zu erlassen) über Gebühr in Schutz nimmt. Leider fehlt der Darstellung in der Einleitung eine Fragestellung, die einzelnen Kapitel hätten zum Teil straffer strukturiert werden können. Ferner gibt es kleine sachliche Fehler, etwa wenn im Klappentext davon gesprochen wird, dass Thun seit 1913 Fürst gewesen sei; im Text wird dagegen richtig 1911 genannt. Diese schmälern aber nicht den Wert dieser interessanten Darstellung, die über eine bloße Lebensgeschichte weit hinaus geht.